blick punkt

Nr. 235
Juli 1990

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

»Man sollte nicht an den Schulen Geld einsparen!«

So stand es auf einem der zahlreichen Transparente, mit denen hunderte Kinder und ihre Eltern von der Bertha-von-Suttner-Schule zum Mörfelder "Dalles" demonstrierten.

Eltern und Kinder protestierten gegen den geplanten Abbau von 6 Lehrerstellen. Da nach den Ferien über 50 Schülerinnen und Schüler mehr als seither diese Schule besuchen, ist diese Zwangsabordnung der Lehrkräfte durch das staatliche Schulamt unverantwortlich.

In einer Erklärung der Stadtverordnetenversammlung heißt es deshalb zu Recht:

"Abordnungen und Wegversetzungen von Lehrerinnen und Lehrern haben für die Schülerinnen und Schüler konkret folgende Auswirkungen:

- keine Fördermaßnahmen für leseschreib- und rechtschreibschwache Kinder - keine Fördermaßnahmen in Englisch
- keine Fördermaßnahmen in Mathematik
- keine Fördermaßnahmen für Ausländer
- keine Übungsstunden in Physik und Chemie im Pflichtbereich
- keine Hausaufgabenhilfe

Klassenzusammenlegungen stehen bevor.

Zusammenbruch der gesamten Konzeption im Wahlpflichtbereich, denn: nur noch so viele Kurse wie Klassen im Jahrgang (das bedeutet: die Kurse werden größer).

Konsequenz: keine Schulversuche in Naturwissenschaften.

Konsequenz: kein praxisorientierter Polytechnikunterricht.

Konsequenz: kein Lateinunterricht mehr

Fazit: Die pädagogische Arbeit an den integrierten Gesamtschulen insgesamt und in Mörfelden-Walldorf konkret an der Bertha-von-Suttner-Gesamtschule gerät in Gefahr, wenn sich die geplanten Stellenkürzungen verwirklichen.

Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf ist nicht gewillt, ein solches Ergebnis tatenlos hinzunehmen. Sie tritt vielmehr dafür ein, daß das bildungspolitische Konzept integrierter Gesamtschulen gewährleistet bleibt. Deshalb setzt sie sich *für eine* ausreichende personelle Ausstattung der integrierten Gesamtschule in Mörfelden-Walldorf ein."

Solidarität!

Gegen die Stimmen der CDU nahm die Stadtverordnetenversammlung einen DKP-Dringlichkeitsantrag und eine Erklärung der SPD-Fraktion an.

Im DKP-Antrag heißt es:
"Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf erklärt sich mit den Lehrern, Schülern und Eltern der Bertha-von-Suttner-Schule solidarisch, die sich mit Aktionen, Kundgebungen und Resolutionen gegen die erneute Abordnung von 5 - 6 Lehrern (5,2 Stellen) der Gesamtschule wenden."
Begründung:
Durch diese erneute Zwangsabordnung der Lehrkräfte wird die Integrierte Gesamtschule in ihren pädagogischen Aufgaben so stark beeinträchtigt, daß die Gesamtschule nach ihrer ursprünglichen Konzeption nicht mehr betrieben werden kann.

Phantasievoll und selbstbewußt, die Protestaktion der Schülerinnen und Schüler.
Am Dalles sangen sie:

"Von der Suttner-Schule kommen wir,
unsere Lehrer sind genauso nett wie wir.
An der Schule solln sie bleiben
und man soll sie nicht vertreiben.
Von der Suttner-Schule kommen wir.

Der Herr Wagner hat sie versetzt,
und sie werden nicht mehr ersetzt.

Sie wurden leider nicht gefragt,
sie wurden einfach weggejagt.

Viele Klassen wurden zerstört,
und darüber sind wir empört.

Wir sind traurig, wenn wir sehen,
daß so gute Lehrer gehen.

Auf einem der Transparente der Schülerinnen und Schüler stand:
"Wir sind das Volk! - Wir hauen auf die Pauke! Wir brauchen unsere Lehrer!"
Und auf einem Flugblatt der demonstrierenden Kinder und Jugendlichen war zu lesen:
"Wir protestieren gegen: die Vergrößerung von Klassen durch Kürzung des Lehrpersonals, d..h. in Zukunft vergrößern sich die Klassen um die Hälfte, z.B., wo heute 25 Schüler untergebracht sind, müssen in Zukunft 35 Schüler Platz finden.

Die Chancen der einzelnen Schüler werden dadurch drastisch verringert.
Auch der Wahlpflichtbereich muß "Federn lassen".
Es drohen: Wegfall verschiedener Themenbereiche der Wahlpflichtfächer.
Folgende Fächer müssen zurückgestellt werden: Sport, Musik, Chemie und Religion.
Eine Vergrößerung der Kurse wäre die unmittelbare Folge der geplanten und zum Teil schon durchgeführten Maßnahmen durch die Hessische Landesregierung."

Aktion Sicherer Schulweg

Der Schulelternbeirat, die Schülerinnen und Schüler der Bertha-von-Suttner-Schule fordern den Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf auf, Maßnahmen zur Sicherung der Schulwege zu ergreifen. In beiden Stadtteilen fehlen zahlreiche Fußgängerüberwege - am Bahnhof Mörfelden, Bamberger Straße/ Ecke Ev. Gemeindezentrum, Flughafen-/ Aschaffenburger Straße, Wald-/ Okrifteler Straße, Jourdanallee (Bushaltestelle), Vinson-/ Mörfelder-/ Vogelsbergstraße u.a.m. Auch Radfahrwege müssen ergänzt oder neu angelegt werden.

Ebenso sind Fußgängerüberwege oft schlecht einsehbar, so z.B. in der Frankfurter-/ Heinestraße, Lang-/ Farmstraße, Bushaltestelle Zillering, Oberwald/ Jourdanallee. Ein weiteres Problem ergibt sich durch parkende Fahrzeuge. Inbesondere im Innenstadtbereich Walldorf ist die Sicht durch parkende Fahrzeuge beeinträchtigt. Aber auch in der Ringstraße, Bahnhof-/ Farmstraße, Menzel-/ Cranachstraße ist die Sicht durch parkende Fahrzeuge oft versperrt. Gefährdet sind die Schüler und Schülerinnen auch durch überhöhte Geschwindigkeit und hohes Fahrzeugaufkommen. Der Elternbeirat fordert zudem die Schaffung von Ampelanlagen in der Lang-/ Kelsterbacher Straße, Zille-/ Vitrollesring. Notwendig ist aber auch die Umschaltung der Fußgängerampel an der B 44 und eine sichere Überquerungsmöglichkeit im Bereich Eisenbahnunterführung - Rüsselsheimer Straße.

Der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf bekam nun einen umfassenden Forderungskatalog mit Vorschlägen zur Sicherung der Schulwege vorgelegt. Dieser Forderungskatalog basiert auf der Auswertung einer Fragebogenaktion unter Schüler und Schülerinnen der IGS. Der Magistrat wäre gut beraten, die Vorschläge ernsthaft zu überprüfen und entsprechend zu verwirklichen.

Neue Klassenräume braucht die Waldenser-Schule

Die Waldenser-Schule in Walldorf ist bislang auf zwei Grundstücke aufgeteilt. Seit 15 Jahren hat man an beiden Gebäuden keine Renovierungsarbeiten vorgenommen. Das Gebäude Ludwigstraße ist in einem besonders schlechten Zustand. Seit Jahren versucht der Elternbeirat der Waldenser-Schule vergeblich, die Stadt Mörfelden-Walldorf und den Kreis Groß-Gerau auf die Probleme aufmerksam zu machen. Die Jugendärztin des Kreisgesundheitsamtes hat bereits im Juni 1988 den baulichen Zustand der Schule kritisiert und eine sofortige Beseitigung der Mängel gefordert.

Bisher hat man das Gebäude jedoch nicht intakt gesetzt. In den letzten 2 Jahren hat sich der Zustand des Gesamtkomplexes weiter verschlechtert. Damit der Putz an den Wänden nicht runterfällt, muß der Putz an den Wänden der Innenräume zum Teile mit Holz verschlagen werden. Einige Fenster sind undicht und außer Funktion. Bei einer erneuten Verschlechterung kann die Schließung des Gebäudes erfolgen.

Die Elternvertretung fordert einen Erweiterungsbau für das Schulgebäude Waldstraße. Danach könnte der Altbau in der Ludwigstraße geschlossen werden. Aus pädagogischen und verwaltungstechnischen Gründen erscheint es sinnvoll zu sein, alle Klassen in einem Schulgebäude unterzubringen. Der Kreis Groß-Gerau ist nicht bereit, die Kosten für den Erweiterungbau zu übernehmen, da hierfür keine zwingende Notwendigkeit gesehen wird. Bereit ist der Kreis jedoch, der Stadt Mörfelden-Walldorf das Gebäude Ludwigstraße wieder zu übereignen, wenn die Stadt die Kosten für den Erweiterungsbau übernimmt.

Eine Stellungnahme der Stadt Mörfelden-Walldorf liegt bisher nicht vor. Bürgermeister Brehl und Vertreter des Kreises Groß-Gerau waren bisher offensichtlich nicht bereit, sich mit der Elternvertretung an einen Tisch zu setzen.
Wir wollen bald wissen, wie es weitergehen soll.

Bunter Festzug anläßlich des Jubiläums 90 Jahre Radsport und 40 Jahre Blasorchester in Mörfelden. Dabei der Nachwuchs der bekannten und erfolgreichen Jazz-Gymnastik-Gruppe der SKV.

Gelungene Festtage

Der Großverein SKV mit seinen vielen Abteilungen meistert ein solches Fest profihaft. Die Organisation klappte vorzüglich und an vier Abenden war das große Zelt, anläßlich des Jubiläums "90 Jahre Radsport - 40 Jahre Blasorchester" außerordentlich gut besucht.
Der Freitagabend, als "Abend der SKV" angekündigt, zeigte den hohen Leistungsstand vieler Abteilungen. Stehende Ovationen erhielt der Traditions-Spielmannszug der "Pfiffer" und Trommler mit der Musik wie vor vierzig Jahren, als Heinrich Glotzbach (Amme-Heiner) noch die Stabführung hatte. Tambourmajor Reinhold Dechert (SKV-Vorsitzender) meisterte den Auftritt mit Bravour.
Aber auch die Darbietungen der Radsportler mit ihrem prächtigen Einzug auf ihren vielen Rädern, den Trampolinturnern, den Spielern des Akkordeon-Orchesters, sowie der Turn- und der Gymnastikgruppe und der Tanzgruppe Sonnenschein, der Behinderten-Sportgruppe, sei erinnert.
Der Abend zeigte, daß in den Vereinen eine hervorragende Arbeit von vielen ehrenamtlichen Helfern und Vereinsfunktionären, sowie Übungsleitern und Jugendleitern erbracht wird. Die vielseitige Arbeit mit Kindern und Jugendlichen kann im wahrsten Sinne des Wortes auch als Sozialarbeit eingestuft werden, zu der das Gemeinwesen Stadt nicht im Stande wäre.
Alles in allem ein gelungenes Fest, das ohne die vielen Helfer nicht zu bewerkstelligen wäre. Dies wurde auch immer wieder von den Grußworten der Vertreter anderer Organisationen hervorgehoben. Für die Mörfelden-Walldorfer DKP und ihre Stadtverordnetenfraktion überbrachte Stadtrat Heinz Hechler die Glückwünsche und erwähnte u.a., daß sich eine Stadt glücklich schätzen kann, in deren Mauern solche Vereine existieren. hh

Die ErzieherInnen sind in Aufruhr !

In einer Presseerklärung der ÖTV - ErzieherInnen -Gruppe heißt es:

Ob in Berlin, Hamburg oder Frankfurt - bundesweit treten sie ein, für bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung und bessere Personalbemessung.
Auch in Mörfelden-Walldorf ist abzusehen, daß sich ein Notstand anbahnt. Immer weniger junge Menschen sind bereit, den Beruf der ErzieherIn zu erlernen. Länge, Anforderungen und Bedingungen der fünfjährigen Ausbildung stehen in keinem Verhältnis zu den späteren Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten.
Das Einkommen steht in keinem Verhältnis zu den beruflichen Anforderungen und der Entwicklung des Berufsbildes. Mit dem Einkommen sind die Lebenshaltungskosten, vor allem die ständig steigenden Mieten, kaum noch zu tragen.

Bei der derzeitigen Entwicklung besteht die Gefahr, daß zukünftig für die Betreuung der Kinder nicht mehr genügend Personal zur Verfügung stehen wird.

Dem gilt es vorzubeugen!

Wir möchten die Situation der ErzieherInnen verbessern um dem zunehmenden Personalmangel vorzubeugen. Deshalb fordern wir folgende Sofortmaßnahmen:

200,-DM mehr für Alle
bis zum Abschluß eines neuen Tarifvertrags.

Weiterhin haben wir an unseren Arbeitgeber folgende Forderungen gerichtet:

1. Garantierte Aufnahme der Kinder des pädagogischen Personals in den entsprechenden Einrichtungen.

2. Zusätzlicher Miet- bzw. Fahrtkostenzuschuß.

3. Jahrespraktikantinnen sind generell als Drittkräfte einzustellen.

4. Zuschuß für berufliche Weiterqualifikation und Arbeitsplatzgarantie z.B. für Kinderpflegerinnen.

KURZ NOTIERT

Giftspritzer

Auf Antrag der DKP-Fraktion forderte die Stadt die Bundesbahn auf, die Herbizidspritzungen auf den Gleisanlagen zu unterlassen. Immerhin führt die Bahn mitten durch die Stadt.
Jetzt schreibt die DB, sie könne auf eine "Gleisentkrautung mit Herbiziden nicht verzichten". Die Giftspritzer behaupten, es gäbe keine Alternative zu den 300t Pflanzengift, die jährlich versprüht werden.
Diese Aussage ist falsch, denn viele Alternativverfahren sind bekannt. Giftspritzen scheint billiger zu sein - an die Folgen wird kein Gedanke verschwendet.

Wohnungsbau bald unmöglich

Die Stadt erhält einen Landeszuschuß für den Bau von 18 Wohnungen. Allerdings muß die Kommune über 90.000 DM pro Wohnung zuschießen.
Mit fast 3,2 Millionen wird sich Mörfelden-Walldorf jetzt am Wohnungsbau beteiligen. Die Mietobergrenze erhöht sich dann von 6,25 auf 6,75 DM pro qm. Bei dieser Entwicklung wird es für die Kommunen immer schwerer gegen die Wohnungsnot anzukämpfen.

Kein Holz in den Oberwaldsee

Erfolg für die Angler. Das Regierungspräsidium hat entschieden, die vorgesehene Naßkonservierung von 5.000 Festmetern Windwurfholz unterbleibt.
Der Einsatz des Mörfelder Angelsportvereins hat sich gelohnt.
Unser Glückwünsch!

Entspannungspolitik bringt Wohnungen

130.500 Amerikaner haben in Hessen 26.300 Wohnungen belegt. Wenn, wie geplant, 22.000 US-Soldaten abziehen, könnte evtl. auch in Südhessen Wohnraum anderweitig vermietet werden.

Randbemerkung

Bei der letzten Gemarkungsrundfahrt von Stadtverordneten und Magistrat kam am Rande zur Sprache, daß die Laderampe am Walldorfer Güterbahnhof "der NATO gehört".
Umgestaltungspläne der Stadt sind deshalb bisher gescheitert. Wir meinen: Es ist an der Zeit, daß nicht länger militärische Gesichtspunkte entscheidend dafür sind, wie eine Stadt ihren Bahnhofsbereich gestaltet, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger.
Ein Grund mehr, die Auflösung der US Air Base zu fordern, die an diesem Gleisanschluß hängt.

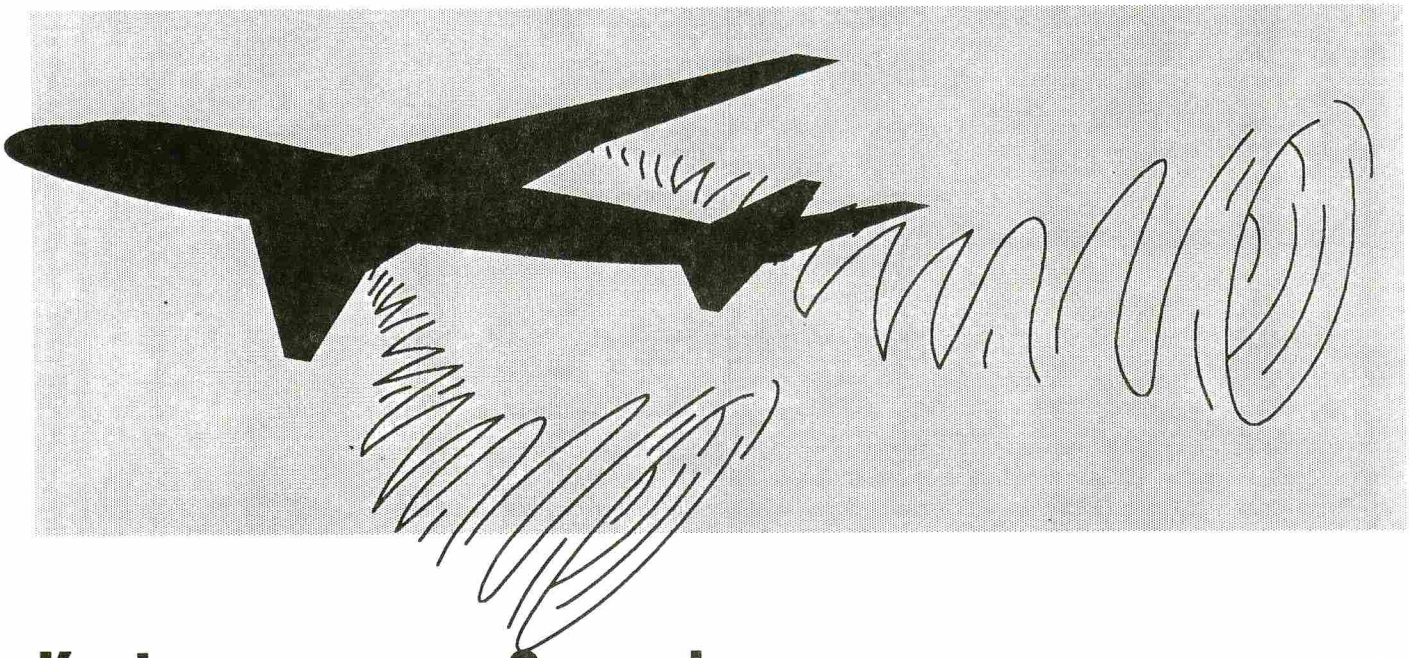
Mißachtung des Parlaments

Angesichts des angewachsenen Luftverkehrs beantragte die DKP-Fraktion: "Die Stadt Mörfelden-Walldorf nimmt umgehend mit dem Umweltministerium Gespräche auf, mit dem Ziel, die Einrichtung einer Meßstelle für Luftschadstoffe in Mörfelden-Walldorf zu erreichen."
Dieser konkrete Antrag wurde auf der letzten Stadtverordnetensitzung abgelehnt.
Nun hat auch dieser "Meßstellen"-Antrag eine interessante Geschichte und die geht so:
Haargenau den gleichen Antrag hatte die DKP am 25. Januar 1985 gestellt. Er wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 28. Januar 1985 beschlossen und dann verschwand er in der Schublade des Bürgermeisters.
Die Meßstelle könnte schon installiert sein, wenn es nicht diese große Mißachtung des Parlaments gegeben hätte.
Hier hätte es früher einen Aufschrei bei der GBL gegeben. Aber jetzt, eingebunden in die Koalition, gehen bei der Ablehnung von DKP-Anträgen die Hände hoch.

Aus dem STADT Parlament

DKP-Anträge zum Thema Flughafen und Wohnungsnot abgelehnt!

Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause war eine bedrückende Veranstaltung. Schimpfereien und persönliche Angriffe überlagerten den eigentlichen Sachverhalt, daß neun DKP-Anträge zum Thema Wohnen und Flughafen von SPD/GBL und CDU abgelehnt wurden. Sie seien bereits erledigt wurde behauptet. Leider ist dies nicht der Fall, die Zukunft wird es beweisen und der "blickpunkt" wird darüber berichten.
Wer die örtlichen Verhältnisse kennt und die Kommunalpolitik verfolgt, weiß um das Engagement der DKP beim Thema Flughafen. Kein "blickpunkt" erscheint, ohne die kritische Begleitung der FAG-Ausbaupläne, und seit die DKP wieder im Stadtparlament ist, steht das Thema auch hier wieder auf der Tagesordnung.
Genauso ist es beim Punkt Wohnungsnot in Mörfelden-Walldorf. Auch diese Thematik hat die DKP-Fraktion mit ihren Anträgen ins Kommunalparlament gebracht. Einiges wurde davon in der Vergangenheit diskutiert, einiges in die Wege geleitet. Trotzdem gab es auch hier keine konkreten Aufträge und sie gibt es auch jetzt noch nicht, weil alle Anträge der DKP von der GBL-SPD-Koalition mit Unterstützung der CDU abgeschmettert wurden.
Dahinter stehen kleinkarierte, parteitaktische Überlegungen. Wären es SPD- oder GBL-Amträge gewesen, sähe alles anders aus. So kamen die Anträge aber von der DKP und wurden abgelehnt - alle!



Koste es, was es wolle ...

Vor zwei Jahren sprach man noch von 5,7 Milliarden, die der Flughafenausbau kosten würde, heute spricht man von 7,5 Milliarden, weiß aber schon, daß man von über 10 Milliarden ausgehen kann.
Wenn so viel Geld im Spiel ist, darf man sich seine Kreise nicht stören lassen, denkt sich die FAG und handelt entsprechend.
Dieser Tage warf ich mal wieder einen Blick in die Vorschläge, die eine renommierte Public-Relations-Firma für die FAG vor Jahren erarbeitete. Hier wird u.a. vorgeschlagen, wie man "ausgesuchte Redaktionen wichtiger Tageszeitungen im Rhein-Main-Gebiet" Storys unterjubeln kann.
Da heißt es:
"Als Exklusivthemen, die bewußt dramatisierend wirken, stehen zur Verfügung: Kann der Flughafen in Zukunft Schritt halten? Verspätungen im Luftverkehr. Wirtschaftliche Abhängigkeit einzelner Gemeinden vom Flughafen."
So liefen die Berichte dann auch und so läuft es noch.
Die FAG arbeitet eben mit vielen Tricks. Dazu gehört das Korrumpieren des Umlandes mit diversen Geschenken, dazu gehört aber auch bewußtes "dramatisieren".
Hier müssen wir uns noch auf einiges einstellen.
Klar ist, bei der FAG-Politik des ungebremsten Wachstums wird auf die Umwelt wenig Rücksicht genommen.

Rudi Hechler

Szenario 2000

Im Januar ist in Hessen Landtagswahl. Kurz danach wird man in Wiesbaden und auf dem Flughafen deutlicher werden.
Dann kommt sicher auch das Geheimpapier "Szenario 2000" endgültig auf den Tisch.
Schon jetzt liegen erschreckende Fakten vor.
Die Frankfurter Flughafen AG, bisher in ihren Prognosen über die Verkehrsentwicklung in der Luft im Generalausbauplan von der Realität mehrmals überholt, sieht sich auch heute im Konflikt mit einer anerkannten Studie der IATA, dem Dachverband von Linienfluggesellschaften weltweit. Errechneten die FAG-Planer im Rahmen ihrer Ausbauplanung bis zum Jahre 2000 knapp über 370.000 Flugbewegungen im Jahr, so prophezeit eine Voraussage des Stanford Research Instituts (SRI) für diesen Zeitpunkt einen bislang unwidersprochenen Beförderungszwang von 50 Millionen Passagieren bei 470.000 Flugbewegungen für "Rhein-Main".
Klar, daß man sich da Gedanken macht, wie das alles zu bewältigen ist.

Aber Wirtschaftsminister Kanther (CDU), gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der FAG, hat das brisante Geheimpapier "Szenario 2000" wieder eingesammelt. Der Grund: Mit diesem Thema kann man in Südhessen keine Wahlen gewinnen - im Gegenteil - die Sozialdemokraten können ein Lied davon erzählen.

"Szenario 2000" - eigentlich ist ja nichts Geheimes dran. Es geht schlicht und einfach darum, u.a. eine dritte Parallelbahn auf Rhein-Main zu installieren. Es geht also um noch mehr Flugzeuge, noch mehr Lärm und Abgase. Darauf haben wir uns einzustellen.

Daß die Herrschaften sich noch zieren, daß sie sich scheuen die Pläne offensiv zu vertreten, hängt mit dem Aufstand einer ganzen Region gegen die Startbahn-West zusammen - sie haben diese Tage nicht vergessen.

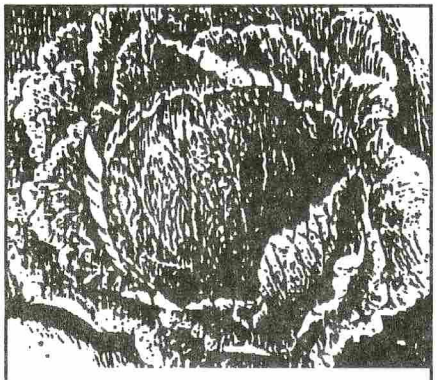
Die Bürgerinnen und Bürger des Flughafens sollten dies bedenken. Auch künftig gilt der Satz: "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!" rh

"Niemand in der Bundesrepublik hat das Recht, den DDR-Bürgern ihr DDR-Selbstbewußtsein zu nehmen. Führende Wissenschaftler unseres Landes sprechen mit Anerkennung über Leistungen in der DDR-Wissenschaft: Zum Beispiel in der Krebsforschung, in der Mikrobiologie, auch in der Mikroelektronik und Informationstechnik."

BRD-Forschungsminister
Heinz Riesenhuber

Beginn des Nachdenkens?

Die Wende in der DDR, die bevorstehende Vereinigung, der Staatsvertrag, bereiten vielen Leuten auch Kopfschmerzen. So heißt es z.B. in einem Leserbrief in der "Frankfurter Rundschau" u.a.:
"Das Verlangen nach Kohls D-Mark überrollte alles, auch das, was in der DDR tatsächlich besser war als in der BRD. Denn die DDR bestand nicht nur aus der ineffektiven Zentralverwaltungswirtschaft und dem stalinistischen Gesinnungsterror.
Die Bodenreform auf Kosten der Rittergüter wurde wirklich durchgeführt, es gab keine Bodenspekulation und unbezahlbare Mieten, und es gab keine Massenarbeitslosigkeit. Das Recht auf Arbeit nach Art. 3 der Menschenrechtserklärung der UN vom 10.12.1948 hat die BRD zwar unterschrieben, aber nicht durchgeführt. Statt der "Hexenprozesse" im Gefolge von 218 StGB gab es in der DDR eine vernünftige Fristenlösung, genügend Kindergartenplätze, und die Kirchen begnügten sich mit freiwilligen Spenden wie in Westeuropa. Statt der Raserei auf bundesdeutschen Autobahnen gab es in der DDR ein menschliches Limit von 100 km/h mit Alkoholverbot und Vorrang der Schiene für den Güterverkehr.
Neonazistische Parteien waren in der DDR verboten, während hierzulande Neugründungen verwandten Geistes an der Tagesordnung sind.
Trotz der stalinistischen Pleitewirtschaft hatte die DDR also einige Vorzüge.
Den Hauptvorzug der Bundesrepublik, die Demokratie, verdanken wir den westlichen Siegern 1945. Und bei unserer effektiven Marktwirtschaft haben wir noch sechs Millionen Menschen an der Armutsgrenze oder darunter. Grund zur Überheblichkeit haben wir daher nicht."



Der Mensch sollte nicht mit Kohl vorlieb nehmen, wenn er edleres Gemüse erhalten kann.

KARL MARX

553 Drogentote in sechs Monaten

Die Zahl der Rauschgiftopfer ist weiter steigend.
Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 553 Drogentote registriert - 94 mehr als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres.

Wohin soll das führen!

In Zeiten von Fußballweltmeisterschaften und in Zeiten eines von den Medien geförderten nationalen Taumels werden manche Meldungen kaum beachtet.

Zum Beispiel solche:
Die Zahl bedürftiger Menschen in der Bundesrepublik, die für ihren Lebensunterhalt Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen, ist innerhalb von zehn Jahren um 78 Prozent gestiegen. Dies geht aus den jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervor. Ende 1988 erhielten danach 1,6 Millionen Menschen in 922.000 Haushalten laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Über das ganze Jahre 1988 gerechnet, bekamen insgesamt 2.44 Millionen Männer und Frauen über einen mehr oder weniger langen Zeitraum entsprechende Unterstützung. Dazu kommen weitere rund 300.000 Personen, die eine einmalige Hilfe in besonderen Lebenslagen (zum Beispiel bei Krankheit für medizinische Anschaffungen) erhielten. Insgesamt mußten die Kommunen und Landkreise 1988 rund 27 Milliarden Mark für Sozialhilfe aufwenden, das sind 7,2 Prozent mehr als im Jahr davor. Für 1989 haben die Statistiker bislang nur die Angaben eines Bundeslandes vorliegen, Schleswig-Holstein. Danach steigt die Zahl der Sozialhilfeempfänger weiter. Im nördlichsten Bundesland gab es gegenüber 1988 eine Zunahme um acht Prozent.

Die DKP Mörfelden-Walldorf besuchte Apolda. Zwischen dem Kreis Groß-Gerau und dem Kreis Apolda gibt es gute Beziehungen.
In der Stadt gibt es viel Neues zu sehen. Neu war auch dieses Schild!

Stadtgeschichte

Fünf Naturfreunde aus Walldorf vor dem Billtal-Haus des "Touristen-Vereins Die Naturfreunde" im Taunus, anläßlich einer Wanderung im Jahre 1930. Auf dem Bild sehen wir im Vordergrund links Willi Mieth, Peter Jourdan, seine spätere Frau mit Gitarre, dann Wilhelm Mailer und vorne sitzend, mit der Klampfe, Peter Passet. Es waren schon abenteuerliche Ausflüge, die sich die heutige Jugend, größtenteils motorisiert, kaum noch vorstellen kann. Peter Passet berichtete, daß die Wanderung wegen Geldmangel von Walldorf aus zu Fuß durchgeführt wurde. Auf dem Heimweg konnten sie noch nicht einmal den Fahrpreis für die Okrifteler Fähre bezahlen. Der Fährmann hatte kein Einsehen mit mittellosen Wanderburschen, so daß sie einen Umweg von 15 Kilometern bewältigen mußten, um über den Main bei Höchst zu gelangen.

Wir bedanken uns bei allen die dem "blickpunkt" helfen.

Eine wichtige Nummer:

9003419

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.